

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 M. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißendstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 10. Februar 1932

Nummer 12

Zwischen Kapitalismus und Sozialismus

Es könnte als Tragik des Kapitalismus beurteilt werden, daß er bei seinem Werden auch gleich einen Todfeind gebar, die Arbeiterchaft, die ihre Aufgabe darin sieht, sich und die übrige Menschheit von den kapitalistischen Bedrückern und Ausbeutern zu befreien. Mit der Einführung und Vertiefung des Parlamentarismus sehen wir auch, daß Vertreter der Arbeiterchaft in das Parlament miteingehen und nun auch auf diesem Boden versuchen, ihren Gegner zu überwinden. Es hat sich als bittere Wahrheit für den Kapitalismus herausgestellt, daß durch alle demokratischen Errungenschaften seine Herrschaft immer mehr eingeschränkt bzw. beseitigt werden kann, wenn die Arbeiterchaft ihre Klassenlage erkennt und die Macht, die sie in der Demokratie besitzt, politisch entscheidend auszunutzen versteht. Seit den Novembertagen des Jahres 1918 hat sich gerade in dieser Beziehung eine erhebliche Wandlung vollzogen. Den Arbeitern wurde nämlich die volle politische Freiheit zuerkannt, und die Gewerkschaften sind von nun an nicht mehr vom Staat nur geduldet, sondern sie besitzen volle verfassungsmäßige Anerkennung. Die Arbeiterchaft steht mit ihren gesamten politischen, kulturellen und gewerkschaftlichen Organisationen den Unternehmern im politischen Kampf, also im Kampf um die Macht im Staat und gleichzeitig über die Wirtschaft, als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Tragisch für die Arbeiterchaft ist allerdings, daß sie es bisher nicht verstanden hat, diese Situation für sich günstig zu gestalten. Trotzdem hat der Gegner aber erkannt, daß für ihn die politische Demokratie zu einer Gefahr von entscheidender Bedeutung geworden ist. Die Schwerindustriellen Unternehmer sind zu der durchaus richtigen Feststellung gelangt, daß sie nicht mehr in der Lage sind, den Staatsapparat und die Staatsgewalt im heutigen demokratischen Staat gegen die Arbeiterchaft so einzusetzen, wie es ihr im Vorkriegsdeutschland möglich war. Sie haben nicht mehr die Arbeiterklasse von 1848 vor sich, die sie um die gegebenen Verprechungen rücksichtslos betrügen konnten, sondern sie sehen sich der durch ihr Wirtschaftssystem organisierten Arbeiterchaft gegenüber, die ihnen zum gefährlichen Gegner geworden ist.

So ist den Schwerindustriellen die Demokratie zu einer Zwischstufe geworden, die ihnen zwar zum Sieg über die Feindklasse verhalf, auf der andern Seite aber der Arbeiterchaft Rechte verschaffte, ihre Interessen gegenüber dem Unternehmertum zu wahren. Das Unternehmertum ist also nicht mehr stark genug, die Arbeiter entschuldigend, das heißt vernichtend zu schlagen, die Arbeiterchaft ist aber auch noch nicht stark genug organisiert, um den Privatkapitalismus zu beseitigen und die Alleinherrschaft auszuüben. Die Folge dieser Entwicklung ist naturgemäß, daß das Unternehmertum das Interesse an den demokratischen-parlamentarischen Methoden verliert und nun versucht, diese wo nur irgend möglich abzubauen und durch ihre Diktatur zu ersetzen. Österreich, Italien usw. sind charakteristische Beispiele für den zu beobachtenden Wendepunkt in der politischen Entwicklung der besprochenen Klassen. Er scheint ihnen der Boden der Demokratie nicht mehr ertragreich genug in bezug auf ihre Interessen, so wird er eben verlassen und diktatorische Maßnahmen werden ergriffen.

Hitlers SA. und auch der „Stahlhelm“ verkörpern die Privatarmee, die sich das Unternehmertum zu seinem Schutz aufgestellt hat. Es bedarf wohl in diesem Zusammenhang keiner besonderen Beweisführung, daß die genannten Organisationen vom Kapital ausgehen werden. Hitlers Anwesenheit bei einer Tagung der Schwerindustriellen der Gruppe Nord-West in den letzten Tagen weist ja wieder zur Genüge darauf hin. Trotz der Konzentration der Kräfte auf der einen Seite müssen wir doch feststellen, daß große Schichten der Arbeiterchaft und Angestellten ihre Klassenlage immer noch nicht erkannt haben und schmerrevolutionären Phrasen der Hitlerbewegung Glauben schenken. Italien ist diesen verblendeten Schichten kein abschreckendes Beispiel. Auch Mussolini gewärtete sich einmal radikaler als die italienische freigewerkschaftliche Bewegung, so daß ihm der verarmte Mittelstand, proletarisierte Angestellte und Intellektuelle in Scharen zufließen. Doch er hat diese Kreise bitter enttäuscht! Als er endlich mit ihrer Hilfe zur Macht gelangt war, stellte er sich in erster Linie den Verfechtern des Privatkapitalismus zur Verfügung, denen, die ja letzten Endes

an der gesamten schiefsten wirtschaftlichen Lage schuld sind. Hitler will auf denselben Dreh hinaus. Die vom Kapitalismus Geschädigten müssen endlich erkennen, daß wir heute zwischen zwei Wirtschaftssystemen pendeln, das heißt zwischen Privatkapitalismus und Gemeinwirtschaft. Selbst Vertreter des Privatkapitalismus, wie Owen Young, mußten zu der Überzeugung gelangen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht mehr in der Lage ist, die Menschheit zu befriedigen, und daß die endgültige Fehllösung nur durch eine vollständige Umwandlung erfolgen kann. Wann der Kapitalismus gestürzt werden kann, ist eine eminente politische Frage. Erst wenn die Arbeiterchaft erkannt haben wird, daß sie in der Demokratie eine Waffe besitzt, die sie von ihren Unterdrückern und deren faschistischen Helfern befreien kann, wird der Zeitpunkt der Lösung gekommen sein. Die Erhaltung der Demokratie ist darum die unbedingte Pflicht der Arbeiterchaft. Sie hat alles zu tun, um zu verhindern, daß die faschistische Diktatur zum Sieger wird.

Schwundgeldphantasien

In dieser Zeit der furchtbaren Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit entstehen die verschiedensten und vielfach abenteuerlichsten Pläne zur Behebung der Wirtschaftskrise. Zu den Kunstgriffen, die die von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen herbeigeführten schweren Störungen der Wirtschaft beseitigen sollen, gehört vor allem das Operieren mit dem Geld. Währungsdoctoren treten in großer Anzahl auf, jeder hat ein Zauberwort an der Hand, um das brachliegende Geld wieder ins Rollen zu bringen und damit die Krise zu beheben. Das Febergeld der Nationalsozialisten, die Binnenwährung Hugenbergs und andere Währungswunder sollen die Hilfe bringen. In dem folgenden möchten wir uns nur mit dem besonderen Fall des Schwundgeldes beschäftigen, für das in Deutschland schon in der Inflationszeit eifrig Propaganda gemacht wurde und das viele Anhänger auch in proletarischen Kreisen besitzt. Im letzten Zeit lebte diese FFF-Bewegung (Freiland, Freigeld, Festwährung) wieder auf.

Worin besteht nun das Schwundgeld? An Stelle der gegenwärtig in Umlauf befindlichen Banknoten sollen solche treten, deren Wert Woche für Woche abnimmt. Silvio Gesell, der Begründer der Freigeldlehre, schwebte Banknoten vor, bei denen der Wertswand wöchentlich ein Tausendstel beträgt, so daß z. B. ein am 1. Januar in den Verkehr gebrachter Tausendmarktschein am Ende des Jahres nur mehr einen Nominalwert von 948 M. haben soll. Im Laufe des Jahres tritt also ein Geldschwund von 5,2 Proz. ein. Die Wirkung soll die Befreiung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sein. Die Geldbesitzer sollen durch die Gefahr der Geldentwertung gezwungen werden, die Banknoten rasch loszuwerden. Die Hortung — Hamsterung — des Geldes soll durch den Wertschwund beseitigt werden. Deshalb wird vom Schwundgeld die Behebung des Abfalles und der Produktion erwartet.

In der Zeit der Wirtschaftskrise liegen in der Tat große Kapitalien brach, ohne die Wirtschaft zu befruchten, ohne Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Deshalb wäre es sehr erwünscht, daß diese Kapitalien wieder in Bewegung kommen. Kann das Schwundgeld diesen Erfolg verbürgen?

Vorur vor diese Frage beantworten, möchten wir hervorheben, daß Silvio Gesell in seiner Freigeldlehre ganz andere Dinge vorzuschweben, als die Befreiung oder Erleichterung der Krise durch erstbeste Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Vielmehr hat sich Silvio Gesell durch sein Schwundgeld das selbe hehre Ziel gesetzt, was jetzt in der nationalsozialistischen Propaganda verländert wird, nämlich die Beseitigung der Zinsneigenschaft. Das Schwundgeld sollte für Gesell das Mittel sein, den Zins als Kostenfaktor der kapitalistischen Produktion überhaupt auszuschalten. Silvio Gesell stellte eine recht eigentümliche Zinstheorie auf, bezugslos der Ursprung des Zinses als Dauerquelle des Einkommens beim Kaufmann, der Waren kauft, die er dann weiter verkauft, zu suchen ist. Der Kaufmann habe Geld, der Produzent Waren. Das Geld sei aber, meint Silvio Gesell, der Ware überlegen. Die Ware ist verderblich, kann nicht lange aufbewahrt werden, während der Geldbesitzer das Geld auf unbestimmte Zeit zurückhalten kann. Diese Überlegenheit des Geldes nicht der Kaufmann aus. Er kann neben seinen Ankosten und seinen Unternehmerrisikogewinnen noch einen besonderen Gewinn dadurch herauszuschlagen, daß er das Geld nicht zurückgibt, sondern

zum Ankauf von Waren verwendet. Der Verbraucher, an den der Kaufmann die Ware weiterleitet, wird mit diesem Sondergewinn des Kaufmanns — von Gesell „Zins“ genannt — belastet. Dieser Zins sei die Quelle aus allen andern Zinsen, da die Kapitalbesitzer, die mit ihrem Kapital Anlagen herstellen oder aber ihr Kapital als Darlehen ausleihen, mindestens einen Zins fordern, der dem Zins, der beim Kaufmann entsteht, entspricht. Das Schwundgeld soll nun den Kaufmann daran hindern, sein Geld zurückzuhalten. Dadurch verschwände der Zins und die andern vom Zins abgeleiteten Gewinne des Zinses. Diese Zinslehre von Silvio Gesell kann nicht den geringsten Anspruch auf Richtigkeit erheben. Man braucht nicht allzu viel zu wissen, um einzusehen, daß einem Kaufmann normalerweise alles ferner liegt, als daß er die Überlegenheit des Geldes gegenüber der Ware — sofern eine solche überhaupt besteht — ausnütze und sein Geld künstlich zurückhalte. Wenn der Kaufmann in Krisenzeiten sein Kapital zurückgibt, so tut er das deshalb, weil die Warenpreise im Sinken begriffen sind und er mit einem weiteren Sinken der Preise rechnet. Mit dem Zins hat seine Verhaltungsweise in der Krise nichts zu tun.

Das System des Schwundgeldes, wie es von Silvio Gesell und seinen Anhängern dargestellt wurde, ist mit der Goldwährung unvereinbar. Deshalb forderte auch Silvio Gesell die Loslösung des Geldes von der Goldwährung, an deren Stelle eine sogenannte „Indexwährung“ treten soll. Ein aus verschiedenen Warenpreisen zusammengesetzter Index soll die jeweilige Höhe des allgemeinen Preisniveaus angeben, und zwecks Stabilisierung des Preisniveaus soll die Geldmenge jeweils derart geändert werden, daß kein Steigen des Preisstandes die Geldmenge vermindert, bei seinem Sinken vermehrt werden soll. Wie schwierig es aber ist, eine solche Indexwährung zu errichten, wie insbesondere der internationale Wirtschafts- und Kapitalverkehr bei einer Indexwährung erschwert sein müßte, zeigt sich auch darin, daß selbst die theoretischen Anhänger der Indexwährung — Zwilling Fischer und neuerdings auch Keynes — es für nötig erachteten, an der Goldwährung festzuhalten, wenn auch freilich ihre Handhabung verbessert werden soll.

Rehen wir nun zu unserer Frage zurück, zur Frage, ob das Schwundgeld durch Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes das brachliegende Kapital in Bewegung setzen kann. Diesen Erfolg kann das Schwundgeld nicht gewährleisten. Die Anhänger des Schwundgeldes vergessen die für die moderne Kreditwirtschaft entscheidende Tatsache, daß der Großverkehr heute nicht mit Bargeld, sondern bargeldlos abgewickelt wird. Das brachliegende Kapital liegt nicht in Form von Banknoten in den Taschen der Einkommensbezieher und der Unternehmungen, sondern liegt bei den Banken. Die Banknoten selbst dienen zum größten Teil zur Bezahlung von Löhnen, die im Laufe der Woche zum Lebensunterhalt sowieso ausgegeben werden. Das Schwundgeld kann und braucht hier keine Änderung herbeizuführen. Sofern die Arbeitnehmer aus ihrem Lohnentkommen sparen, legen sie ihre Ersparnisse bei den Sparkassen oder anderswo an, wo sie vom Schwundgeld unberührt bleiben. Der Kaufmann selbst das ihm von den Verbrauchern zugeflossene Geld ebenfalls nicht in bar auf, da er es entweder zur Schuldentzahlung verwendet oder aber als Guthaben bei den Banken unterhält. So bedeutet das Schwundgeld im wesentlichen nichts anderes als eine Verstärkung der Banknoten, die ihre Befreiung trifft, ohne die Befreiung des Geldumlaufs vor allem im bargeldlosen Verkehr zu fördern.

Kann das Schwundgeld demnach zur Erleichterung der Depression nicht den geringsten Dienst leisten, so kann es andererseits sehr viel schaden durch die Verwirrung, die es in das Geldwesen hineinträgt. Bei der schon vorhandenen Erschütterung des Vertrauens in das Geld würde die Einführung des Schwundgeldes an Stelle des gegenwärtigen Geldsystems und damit auch die Abkehr von der Goldwährung zugunsten einer Indexwährung das Mißtrauen gegen das Geld im In- und im Ausland außerordentlich verstärken. Die Folge wäre zunächst die starke Verschlechterung des deutschen Geldwertes im Ausland, was zu größten Störungen des Waren- und Kreditverkehrs mit dem Ausland führen würde. Die Inflation, die auf Grund des Schwundgeldes an sich die Gefahr nur in geringem Umfang aufzutreten brauchte, müßte infolge der Erschütterung des Vertrauens und damit der Verschlechterung der Wechselkurse ein gewaltiges Ausmaß annehmen. Ebenso

müßte eine verhängnisvolle Verwirrung entstehen, wenn das Schwundgeld neben den bestehenden Banknoten eingeführt würde.

Wie man hört, wurde an verschiedenen kleinen Orten die Einführung des Schwundgeldes bereits versucht und nach Angabe seiner Anhänger sogar mit Erfolg. Die Arbeiter und die Kaufleute waren bereit, das Schwundgeld in Zahlung zu nehmen. Allerdings müssen wir annehmen, daß nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Zahlungen in Schwundgeld durchgeführt werden konnte, da die Industriefirmen und die Kaufleute ihre Lieferanten, die außerhalb der Zahlungsgemeinschaft leben, die das Schwundgeld anzunehmen bereit ist, mit gewöhnlichem Geld bezahlen müssen. Der Erfolg, wenn wir einen solchen unterstellen, beruhte in diesen Fällen nicht auf einer Verschleimung der Umlaufgeschwindigkeit, sondern auf der Vermehrung der Geldmenge, die entstand, indem das neu ausgegebene Schwundgeld neben das vorhandene Geld trat. Betriebe, die sonst keinen Betriebskredit erhielten, konnten, da das Schwundgeld, wenn auch beschränkt, in Zahlung genommen wurde, weitergeführt werden. So handelte es sich in diesen Fällen um eine einfache Kreditvermehrung, die mit dem Freigeldsystem an sich nicht das geringste zu tun hat. Eine Kreditvermehrung wäre zur Erleichterung der Krise außerordentlich erwünscht, nur sind ihr heute ziemlich enge Grenzen gesetzt, soll die Inflation vermieden werden. Solange die Kreditvermehrung mit Schwundgeld nur in einigen kleinen Dörfern betrieben wurde, konnte sie freilich, da sie im Vergleich zur gesamten umlaufenden Geld- und Kreditmenge verschwindend geringfügig war, keine Inflation herbeiführen. Trotzdem war das Verbot dieser und ähnlicher „Notgelde“ durch die Notverordnung völlig gerechtfertigt, da eine starke Ausdehnung dieser Notgelde und damit eine übermäßige und vor allem nicht kontrollierte Ausdehnung des Geldumlaufs zur Inflation hätte führen müssen, um so mehr, da das Vorhandensein verschiedener Notgelde neben dem gesetzlichen Geld eine heillose Verwirrung gestiftet hätte, die immer der beste Nährboden für eine Inflation ist. A. S.

Internationale Arbeitslosigkeit

Die gegenwärtige Weltarbeitslosigkeit betrifft bei vorsichtiger Schätzung 25 Millionen Menschen. Die hochkapitalistischen Staaten sind durch diese Entwicklung am härtesten betroffen. Durch die vielseitigen Störungen im Wirtschaftsablauf, durch die Erschwerung des internationalen Warenhandels und des Kreditwesens ist in absehbarer Zeit mit einer Besserung nicht zu rechnen.

In den Vereinigten Staaten wird die Arbeitslosigkeit von „amerikanischen“ Gewerkschaftsbund mit 8,3 Millionen angegeben, nicht eingeschätzt die Landarbeiter und die „freien“ Berufsangehörigen dürfte die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten 13 Millionen Menschen betreffen. Die Lohnkürzungen betragen gegenüber 1929 ungefähr 32 Proz., während die Senkung der Preise und Lebenshaltungskosten kaum 12 Proz. ausmacht, so daß die amerikanischen Arbeiterkraft einen Kaufkraftausfall von 8 Milliarden Dollar zu tragen hat. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch die öffentliche Hand ist nur in ganz geringem Maßstab durchgeführt, die Arbeitszeitverkürzungen zwecks Arbeitsfreudung konnten ebenfalls in nennenswertem Umfang nicht durchgeführt werden. Neuerdings verhandeln die Gewerkschaften mit den Eisenbahnen, um eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden je Tag durchzuführen unter der Auflage, daß eine entsprechende Zahl von arbeitslosen Kameraden eingestellt wird. Trotz dieser außerordentlich schweren Arbeitsmarktlücke konnte auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongress über sehr stabile Mitgliederlisten der Gewerkschaften berichtet werden. In einer Resolution wurde wiederum gegen die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung seitens des Kongresses Stellung genommen; der Staat müsse auf andere Weise für die in Not geratenen Bürger sorgen. Eine starke Opposition allerdings befürwortete die Einführung einer Versicherung.

In England konnte in den letzten Monaten über zunehmende Beschäftigungsmöglichkeit berichtet werden, doch hat das Tempo bereits wieder nachgelassen. Noch immer sind 2 500 921 Arbeitnehmer ohne Beschäftigung. Bedeutendere Wiedereinstellungen haben stattgefunden im Kohlenbergbau in Höhe von ungefähr 30 000 Arbeitnehmern, im Handel 12 000 und in der Baumwollindustrie 11 000. Der offizielle Bericht bemerkt allerdings, daß die Beschäftigungszunahme weitgehend saisonbedingt ist. Durch das Sinken des Pfundwertes und die Durchführung der Schutzzölle müssen die Lebenshaltungskosten automatisch steigen, ohne daß es den Gewerkschaften möglich ist, durch Lohnerhöhung Ausgleich zu schaffen.

Trotzdem Frankreich immer noch die Dase im Weltwirtschaftszusammenbruch darstellt, verschlechtert sich auch hier die Lage der Arbeiterkraft. Die Zahl der unterstellten Arbeitslosen wird für Ende Dezember auf 147 000 beziffert. Nach anderen Meldungen ist jedoch die Arbeitslosigkeit weitestgehend höher. So werden allein in Paris und im Seine-Departement 104 000 Arbeitslose festgestellt. Besonders leidet die Kurzarbeit auf der französischen Arbeiterkraft. Da das französische Lohnniveau an und für sich schon sehr niedrig ist, bringen die Arbeiter Löhne mit nach Hause, die die Existenz nicht mehr gewährleisten. Am stärksten ist von der Kurzarbeit der Bergbau betroffen, in dem nur noch 26,5 Proz. der Gesamtbeschäftigung normal beschäftigt wird, gegen 82,2 Proz. Anfang Dezember 1930. Für die Textilindustrie lauten die entsprechenden Ziffern 31,6 und

92,7 Proz., für die Metallindustrie 50,9 und 97,7 Proz., für die Lederindustrie 54,4 und 92,7 Proz., für die Eisenindustrie 60,7 und 88 Proz., für das Bekleidungs-gewerbe 60,9 und 90,5 Proz. Entgegen aller besseren Einsicht versuchen die französischen Arbeitgeber Lohnkürzungen durchzuführen, die allerdings auf den lebensnahen Widerstand der Gewerkschaften stoßen. Die französische Gewerkschaftsbewegung ist dadurch gestärkt, daß größere Teile der kommunistischen Verbände zur Confederation generale du travail zurückgekehrt sind. Die Schlagkraft der Bewegung wurde dadurch nicht unwesentlich gestärkt.

Auch das benachbarte Spanien hat unter starker Arbeitslosigkeit zu leiden. Der Arbeitsminister schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf 500 000.

In den nordischen Staaten Schweden, Dänemark und Norwegen verursacht die wirtschaftlich schwierige Lage, die zum großen Teil auf das Währungschaos zurückzuführen ist, steigende Arbeitslosigkeit. Die Landwirtschaft kann nicht mehr kaufen, so daß die industrielle Produktion eingeschränkt wird. In Schweden droht ein großer Arbeiterstreik, von dem über 100 000 Arbeiter betroffen werden. Der Arbeitgeberverband hat die Aussperrung von 63 000 Arbeitern in der Maschinenindustrie und 78 000 in der Eisenindustrie angedroht. In der Holzindustrie ist 21 000 Arbeitern ebenfalls der Tarifvertrag gekündigt. Die Regierung bemüht sich um eine Vermittlung und hofft, den Arbeitskampf beilegen zu können.

In den schiffstisch regierten Staaten ist die Lage der Arbeiterkraft besonders katastrophal. In Polen nimmt die Arbeitslosigkeit weiterhin zu, die Löhne gehen zurück. In Ostberlin sinkt die der gesamten Belegschaft gekündigt worden zum Zwecke einer Lohnsenkung um 25 Proz. Die polnische Sozialversicherung befindet sich in einer katastrophalen finanziellen Lage. Die Beitragsrückstände aus Industrie und Landwirtschaft sollen nach Berichten des Arbeitsministeriums 300 Millionen Zloty ausmachen. Die Unternehmer verlangen ein Moratorium für die rückständigen Beiträge auf sieben Jahre, erst nach drei Jahren wollen sie mit der Abzahlung beginnen. Die Arbeitsmarktlage in Polen wird durch die Scharen aus Frankreich zurückkehrender Arbeiter noch wesentlich erschwert. Die Rückwanderer sind fast völlig mittellos, Hilfsmassnahmen müssen durchgeführt werden.

Trotz aller Regierungskünste ist auch in Italien eine dauernde Verschlechterung festzustellen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 749 744 auf 878 267. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist aber bedeutend höher und dürfte bei etwa 1,2 Millionen zu liegen sein. Von den 900 000 amtlich erfaßten Arbeitslosen bekommen nur 250 000 die Arbeitslosenunterstützung, die übrigen dürften, da die Unterstützung nur für kurze Zeit bezahlt wird, schon ausgesteuert sein. Ein ungeheurer, fast unbegrenzter, Bedarf für die Unterhalten der Existenz nicht gewährleistet ist, geschweige denn für die Hunderttausende, die ohne jegliche Unterstützung auskommen müssen. Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind durch die schiffstischen Arbeitsorganisationen wesentlich verschlechtert. So wird z. B. berichtet, daß für die Landarbeiter seit dem Jahre 1927 die Löhne nur durchschnittlich 28,5 Proz. gestiegen sind. Die Lohnkürzung betrug in Emilia 38 Proz., in den Provinzen Mailand, Pavia und Cremona 45 bis 50 Proz. Die steigenden Lebensmittelpreise tun ein übriges, so daß ohne den Arbeitszwang — in Italien ist die Freiwilligkeit der Arbeiter aufgehoben — kein Gutsbesitzer Arbeitnehmer bekommen würde. In den österreichischen Restriktionen, Österreich, Jugoslawien und der Tschechoslowakei, sind dieselben Schwierigkeiten zu beobachten. Der einzige Staat, der positive Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchzuführen sucht, ist die Tschechoslowakei, wo durch Gesetz die 40tägige Arbeitswoche eingeführt werden soll. Die Unternehmer wehren sich jedoch auf das allerheftigste gegen diese Maßnahmen, so daß ein Erfolg des Sozialministeriums noch nicht gewährleistet ist.

Auf der Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes wurde mit 15 gegen 3 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der Richtlinien für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit festgelegt werden. Folgende Maßnahmen wurden vorgeschlagen: Aufhebung der Überstunden, Herabsetzung der individuellen Arbeitszeit, falls möglich Herabsetzung der Arbeitszeit auf 5 Tage, und die Vierzigstundenswoche. Gegen 3 Stimmen wurde dieser Entschluß gefaßt. Es müssen also mehrere Regierungen zugestimmt haben. Warum führen sie nicht von sich aus diese Maßnahmen durch? Wollen sie warten, bis es endgültig zu spät ist?

Das Genossenschaftswesen

Nationalisierung der Warenverwertung

So groß die Anstrengungen des Privathandels auch sein mögen, die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Bevölkerung zu verkleinern, sie sogar als gar nicht vorhanden anzudehen, so sehr sprechen die einfachen Tatsachen gegen die meist rein theoretischen Beweisführungen und noch viel mehr die ökonomische genossenschaftliche Struktur im Endeffekt gegen die immer wieder verübte Herabsetzung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Bedarfsdeckungs-wirtschaft. Erst in jüngster Zeit durchsief eine Propagandanotiz der Einkaufsgenossenschaft deutscher Kolonialwarenhändler (Sich Berlin), genannt „Edeka“, die Presse, worin mitgeteilt wurde, daß die bestehenden 427 örtlichen Edeka-geschäfte etwa 28 000 Gebetaufsätze mit rund 32 000 Gebetaufsätzen umfassen, deren gesamte Einzelhandelsumsatz für das Geschäftsjahr 1930 auf rund 1800 Mill. M. geschätzt

wurde. Und mit besonderer Genugtuung wurde festgestellt, daß dieser Umsatz den der deutschen Konsumgenossenschaften um 300 Mill. M. übertreffe. Zahlenmäßig richtig. Geht man den Dingen aber auf den Grund, so erkennt man sofort, daß im Wesen der Sache die volkswirtschaftliche Bedeutung des Umsatzes ganz unbedingt auf Seiten der Konsumgenossenschaften liegt.

Es ist zunächst zu beachten, daß bei den Konsumgenossenschaften fast ausschließlich die Lebensmittelverwertung das Kennzeichen des Warenumsatzes bildet, während im Einzelhandel der Gebetaufsätze eine große Anzahl anderer Warengattungen an dem Umsatz eine stärkere Unterlage gibt. Und trotzdem zeigt sich bei der Untersuchung über das Zusammenkommen des Umsatzes, daß die Konsumgenossenschaftliche Warenverwertung verhältnismäßig weit aus der Spitze steht, weil sie im Wesen „rationalisiert“ ist. Denn der Umsatz der Konsumgenossenschaften entfiel in nur 13 200 Verteilungsstellen, denen 32 000 Gebetaufsätze gegenüberstehen, so daß bei einem Umsatz von 1500 Mill. M. bei den Konsumgenossenschaften auf eine Verteilungsstelle 113 643 M. im Jahresdurchschnitt entfallen, bei einem Umsatz von 1800 Mill. M. der Gebetaufsätze aber nur 66 250 M. — also noch nicht die Hälfte des Konsumgenossenschaftlichen Warenumsatzes.

Diese tatsächliche Feststellung bildet zweifellos einen der im Wesen entscheidenden Punkte der Überlegenheit der genossenschaftlichen Warenverwertung gegenüber dem Privathandel, welche noch stärker darin zum Ausdruck kommt, daß den 28 000 Geschäftsinhabern der 32 000 privaten Handelsgeschäfte nur 1251 Konsumgenossenschaften als „Geschäftsinhaber“ gegenüberstehen.

Aus der Tatsache des mehr als doppelten Warenumsatzes einer genossenschaftlichen Verteilungsstelle gegenüber dem privaten Einzelhandel wird nun auch verständlich, warum in den Jahren 1927/30 nach der amtlichen Preisstatistik, verglichen mit einer absolut einwandfreien Vergleichsstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die Preise der Konsumgenossenschaften um 3 Proz. unter denen des Privathandels lagen, wogegen noch ein Rabatt von 4 bis 5 Proz. kommt, so daß die Preise 7 bis 8 Proz. unter denen des Privathandels sich befinden. Volkswirtschaftlich gesehen macht diese Preisdifferenz bei einem Gesamtumsatz von 30 Milliarden im Einzelhandel die gewaltige Summe von 2100 bis 2400 Mill. M. jährlich aus. Diese im Wesen der Konsumgenossenschaften liegende Rationalisierung der Warenverwertung wird gestützt durch die genossenschaftliche Eigenproduktion mit einem Anteil von 35 Proz. in eigenen Betrieben erzeugten Gütern am Warenumsatz von 1500 Mill. M. — eine Erscheinung, der vom privaten Einzelhandel nichts ähnliches entgegengestellt werden kann. Und da der Wirtschaftsnutzen aus der genossenschaftlichen Gütererzeugung und Warenverteilung den Verbrauchern selbst zugute kommt, so ist die absolute Überlegenheit der rationalisierten Konsumgenossenschaftlichen Warenverwertung, eine nicht woguldegnende Tatsache.

Die internationale Genossenschaftsbewegung

Wenn Karl Marx in seiner berühmten Inauguraladresse an den ersten internationalen Arbeiterkongreß zu Genf (1846) u. a. ausgesprochen, daß die Genossenschaften einen mächtigen Instruktionunterricht über die Möglichkeit der sozialistischen Wirtschaftsform darbieten, insbesondere, wenn sie auf internationaler Stufenleiter entwickelt werden würden, so ist gerade die heutige Weltkrise des Kapitalismus und die wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften in ihr ein neuer Beweis für die Richtigkeit jener im wesentlichen noch theoretischen Auffassung eines wirtschaftswissenschaftlichen Sehers, dessen ökonomische Theorie an der Schwelle praktischer Wirklichkeit steht.

Zumitern einer Welt von etwa 70 000 Konsumgenossenschaften mit rund 45 Millionen Mitgliederfamilien in 32 Nationen hat der Internationale Genossenschaftsbund vor wenigen Jahren eine Internationale Großeinkaufsgesellschaft aufgezogen, die nicht mehr und nicht weniger zum Ziel hat, als die internationale genossenschaftliche Warenein- und -ausfuhr nach den gleichen wirtschaftlichen Grundrissen und Verwaltungsformen zu organisieren, wie sie den nationalen Konsumgenossenschaften und ihren Großeinkaufsgesellschaften zugrunde liegen. Das heißt unter Ausschaltung des Kapitalprofits bei der Warenverwertung ihrer Mitglieder — handle es sich nur um die eigne Gütererzeugung oder Güterverteilung — die Gemeinwirtschaft an die Stelle der Profitwirtschaft zu setzen.

Im Anfang war die Lat — und so kann man aus dem ersten Geschäftsbericht der Internationalen Großeinkaufsgesellschaft vom Jahre 1930/31 entnehmen, daß ein immer umfangreicher werdender Güteraustausch zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft zu verzeichnen ist in einer Zeit des absoluten Niederganges des Weltkreditwesens. Die Experten und Geschäftsleitungen des Konsumgenossenschaftlichen Großhandels, den die Großeinkaufsgesellschaften unterhalten, haben eben nur gemeinam und keine gegenfälligen Interessen zu berücksichtigen, wenn sie sich an den „grünen Tisch“ der Verhandlungen setzen, um den Gemeinschaftsinteressen ihrer Wähler zu dienen.

Und so erfährt man u. a. aus dem Geschäftsbericht dieser einzigartigen gesellschaftlichen Organisation der Konsumgenossenschaften aus 17 Ländern der Welt, daß deren Großeinkaufsgesellschaften im Jahre 1930 eine Einfuhr von rund einer Milliarde Mark Güter auf dem Weg des gegenseitigen genossenschaftlichen Großhandels bewirkten, welcher seine Überlegenheit nicht zu Profitraten des Kapitals, sondern zur Erleichterung der Wirtschaft seiner Mitglieder verwendet. Im Jahre 1929 betrug diese Einfuhr rund 1240 Mill. M.,

also etwa 24 Proz. mehr, aber der Rückgang im Jahre 1930 beruht vollständig auf der bekannten starken Preislenkung der Waren auf dem Weltmarkt, wovon allerdings der deutsche Verbraucher infolge der nahezu hermetisch abgeschlossenen deutschen Zollpolitik kaum einen Nutzen hat.

Von der konjunktionsgenössenschaftlichen Einfuhr von rund einer Milliarde Mark im Jahre 1930 entfallen allein auf England und Schottland 780 Mill. M., auf Rußland rund 80 Mill., Deutschland 75 Mill.

Die konjunktionsgenössenschaftliche Ausfuhr der Mitglieder der Internationalen Großeinkaufsgesellschaft betrug im Jahre 1930 nur rund 38 Mill. M. (Deutschland 1 630 000 M.), worin sich die Tatsache dokumentiert, daß die binnenwirtschaftliche Warenversorgung das Hauptelement der Konjunktionsgenössenschaften bildet.

Wenn nun auch heute noch die zahlenmäßige Bedeutung des genössenschaftlichen Ein- und Ausfuhrhandels relativ klein ist, gemessen am Milliardenverkehr des Welthandels, so ist doch unverkennbar das große Prinzip der Gemeinwirtschaft, dessen Durchführbarkeit und Nützlichkeit allen Völkern gleichmäßig dienbar gemacht werden kann. Die Weltwirtschaftskonferenzen späterer Zeiten werden bestimmt unter dem Einfluß der Ergebnisse internationaler Großeinkaufsgesellschaften der Konjunktionsgenössenschaften stehen. Zum Nutzen aller Völker. Und nicht zuletzt des deutschen Volkes.

Korrespondenzen

Muc i. Sa. In unserer Generalversammlung am 17. Januar konnte Vorsitzender Staab außer den sehr zahlreich erschienenen Kollegen auch unsern Gauvorsteher Dertelt (Chemnitz) begrüßen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebärdete man ehrend der im vergangenen Jahr verstorbenen Kollegen. Hierauf erstattete der Vorsitzende den umfangreichen Jahresbericht, der in anerkennender Weise zeigte, wie sich die schwere Wirtschaftskrise in unser Mitgliedschaft, die elf Dutzende umfaßt, auswirkte. Von 95 Mitgliedern sind 36 erwerbslos, die übrigen arbeiten zum größten Teil verkleinert. Die außerordentlich große Arbeit des Vorstandes ging aus der vorgelegten Statistik hervor. Nach Erstattung der übrigen Berichte wurde dem Gesamtvorstand einstimmig Entlastung erteilt und ihm der Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen, dem sich auch der Gauvorsteher ganz besonders anschloß. Die Neuwahlen gingen flott vonstatten. Kollege Staab wurde mit übergroßer Mehrheit wieder zum Vorsitzenden gewählt, ebenso unser langjähriger Kassierer, Kollege Eichenreich. Dann ergriff Kollege Dertelt das Wort zu längeren Ausführungen. Ausgehend von der Wirtschaftskrise, zeigte er schonungslos die Fehlerquellen des kapitalistischen Systems auf. Schatz rechnete er mit den nationalsozialistischen Phrasen ab, die hier und da auch auf jüngere Kollegen Einfluß zu gewinnen versuchen. In Hand von Beispielen und statistischen Material rechtfertigte er den Unterhaltungsabbau und betonte, daß wir trotz allem das beste Unterhaltungsweiser haben. Ferner wies er auf die großen Aufgaben des Verbandes in der Zukunft hin, die nur durch eine geschlossene und einige Kollegenhaft zu meistern sind. Zum Schluß gab er in allen tariflichen Fragen (Kurzarbeit usw.) den Kollegen erspöndliche Ratschläge. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß Kollege Staab die ruhig und sachlich verlaufene Hauptversammlung mit einem Appell zu regster Mitarbeit aller Kollegen.

Berlin. (S. and. s. e. r.) In unserer Versammlung am 19. Januar führte Vorsitzender Pietzsch zum Vortragsthema „Situationsbericht über Vorgänge in den Berliner Betrieben“ u. a. folgendes aus: Das Jahr 1931 war nicht nur für uns, sondern für die gesamte Arbeitererschaft ein schweres und sorgenvolles, das neben großen Erfolgen und Entbehrungen auch viele Enttäuschungen brachte. Mit 6148 Arbeitslosen haben wir jetzt in Berlin einen Stand erreicht, der nur noch von der Inflationszeit übertroffen wurde. Alle Bestrebungen auf eine Ver-



50 Jahre Verbandsmitglied



Dr. Braunlich in München
Eingetret. 8. Januar 1882
Jetzt-Jubiläum



Herr. Salzmann in Leipzig
Eingetret. 11. Februar 1882
Bernhard Meyer in Leipzig



fürzung der Arbeitszeit scheiterten am Widerstand der Unternehmer. Auch die von uns empfohlene Kurzarbeit und das Ausgehen hatten nur teilweisen Erfolg. Es konnten zwar in vielen Betrieben weitere Entlassungen vermieden werden, aber Neueinstellungen erfolgten nur in ganz geringem Umfang. Die Arbeitslosenzahl in unserm Gewerbe steigt immer weiter an, und am meisten und schwersten werden wir Handwerker davon betroffen. Über 3000 Handwerker sind auf dem Berliner Nachweis eingetragen. Das bedeutet für jeden Kollegen mindestens ein Jahr Arbeitslosigkeit. Es sind Fälle zu verzeichnen, daß einzelne Kollegen schon bis zwei Jahre arbeitslos sind, die höchsten einmal während dieser langen Zeit eine kurze Aushilfe hatten. Die erlassenen Notverordnungen, die durch ihre Gefährlichkeit auch hindern auf die Wände der Arbeiterschaft einwirkten, brachten für uns eine derartige Verschlechterung der Lebensbedingungen mit sich, daß die tragbare Grenze bedeutend überschritten ist. Wenn von der Regierung mit großem Glanz angeündigt wurde, die Lohnkürzungen mit Preisreduzierungen auszugleichen, so können wir heute schon sagen, daß wir auch hierbei wieder die Leidtragenden sind. Dennoch kann alle Propaganda der R.D. für einen Kampf der Gewerkschaften durch Streik gegen die Notverordnungen von einseitigen Kollegen nur als völlig erfolglos angesehen werden. Wir müssen uns leidet mit dem gegenwärtigen Zustand abfinden, bis wir die Macht haben, ihn zu ändern. Es ist Aufgabe des D.D.B. und der Gewerkschaften, sich trotzdem mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß diese Notverordnungen zum mindesten gemildert werden. Durch die Gefährlichkeit der Notverordnungen ist die Machtposition der Arbeiterchaft ganz bedeutend eingeschränkt, dagegen die Machtposition des Unternehmertums gestärkt, und auch unsere Prinzipale nützen die Situation in einer Weise aus, die alle soziale Empfinden vermissen läßt, indem sie nun auch an die Kürzung der Arbeitszeit herangehen. In einigen Betrieben hatte diese Maßnahme leibere Erfolg, während in anderen Betrieben durch das feste Zusammenhalten der Kollegen der Abbau abgewehrt werden konnte. Weigern sich unsere Kollegen, zum gebotenen Minimum anzufangen, so erfolgt als Antwort darauf sofort Spernung der Arbeitslosenunterstützung. Die Organisation

steht auf dem Standpunkt, daß die Kollegen sich mit allen Kräften gegen den Abbau wehren müssen; der Verband wird den Kollegen in diesem Abwehrkampf sachgemäß zur Seite stehen. Daß durch die Manteltarifbindung des D.D.B. weitere Verschlechterungen geplant sind, dürfte jedem Kollegen klar sein. Wir haben aber alle Ursache, die tariflichen Positionen mit aller Kraft zu verteidigen. Die große Arbeitslosigkeit mit ihren traurigen Folgeerscheinungen hat unsre Organisation vor Aufgaben gestellt, die sie immer noch zum Besten der Mitglieder gelöst hat. Ihre Unterstützungsrichtungen haben hier Überordentliches geleistet, und darüber hinaus hat die Berliner Kollegenchaft ein muftergültiges Solidaritätsgefühl bewiesen. Leider ist ein Teil unserer Kollegen, durch die mißliche Lage bedrückt, einem Fatalismus und einem allzu großen Pessimismus verfallen, der uns in diesen ersten Zeiten nur schaden kann. Es gilt jetzt mehr denn je, trotz aller Meinungsverschiedenheiten eine geschlossene Front innerhalb des Verbandes aufrechtzuerhalten und der Organisation und den Sparten die Treue zu bewahren. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhaft ausgeführte Rede, an der sich die Kollegen Gabe, Gronz, Braun und Pietzsch beteiligten. Kollege Gabe riefte deutlich von der R.D. ab, indem er erklärte: Die R.D. allein kann nichts durchführen, sie hat nur noch das Erfolgs, wo sie innerhalb der freien Gewerkschaften Stützpunkte findet. Redner forderte u. a. die Organisation des Kampfes zu den bevorstehenden Manteltarifverhandlungen auf breiterer Grundlage. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab Kollege Pietzsch die Ergebnisse unseres letzten Preisauswählens bekannt. An dem Wettbewerb für den neuen Kopf der „Mitteilungen“ beteiligten sich 25 Kollegen mit 49 Entwürfen. Für die Weihnachtunterstützung an unsere arbeitslosen Kollegen wurden 489 Konjunktionshefte im Werte von 2445 M. ausgeben. Da der Saal geräumt werden mußte, erfolgte weitere zurückgestellte Vereinsmitteilungen in der Februarversammlung.

Dortmund. Das hiesige Graphische Kartell veranstaltete am 16. Januar im dort befestigten großen Saal des „Volkshauses“ einen Vortragabend. Der eindrucksvolle Verlauf dieser Veranstaltung bewies erneut den hohen Wert der engen Zusammenarbeit zwischen den angeschlossenen Ortsvereinen, die in Dortmund eisenkühnweise feste Formen angenommen hat. Für die würdige Umrahmung des Vortragabendes hat sich wiederum der Männergesangsverein „Typographia“ zur Verfügung gestellt. Seine eintretenden und abschließenden Gesangsvorträge fanden durch reichen Beifall die in hohem Maße verdiente Anerkennung. Starker Beifall wurde auch den Rezitationen eines Kollegen zuteil, die in Auswahll und Vortrag das Gesamtbild der Veranstaltung vortrefflich abrundeten. Als Redner war ursprünglich der Sekretär des „Allgemeinen Westfälischen Typographenbundes“, Kollege W. Pönnitz (Amsterd.) vorgesehen, der jedoch infolge einer wichtigen Tarifbewegung nicht erscheinen konnte. Statt seiner hatte daher Kollege Bonte (Amsterd.) Wortfangsmittglied des holländischen Bruderverbandes, die Aufgabe übernommen, über: Die wirtschaftliche, tarifliche und organisatorische Lage des graphischen Gewerbes in Holland zu sprechen. Der erste Vorsitzende des Graphischen Kartells, Kollege Hertzberg, sprach am Anfang, in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit hinzuweisen. Hierbei gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die nach dem Kriege wiederhergestellten Verbindungen eine wirkungsvollere Grundlage für die Sicherung des Volkserlebens abgeben möchten, als die der Vortragszeit. Kollege Bonte, der sodann das Wort nahm, entledigte sich seiner Aufgabe in wahrhaft meisterlicher Weise. Alle wesentlichen Fragen der allgemeinen Sozialgeschichte, des Entstehens und der heutigen Gestalt der graphischen Verbände, der betrieblichen Struktur und wirtschaftlichen Lage des graphischen Gewerbes, der sozial- und tarifrechtlichen Verhältnisse der gewerkschaftlichen Kollegenchaft in den Niederlanden wurden beratt fest und klar verständlich dargestellt und beantwortet, daß die Verammlungen dem mehrteiligen Vortrag mit vorbildlicher Aufmerksamkeit folgten. Den Schluß

Kalenderchau 1932

(Schluß)

„Tageblatt“ Buchdruckerei, Stuttgart. Dieser Terminkalender ist nicht nur als praktischer Begleiter des Alltags gedacht, sondern soll seinem Besitzer auch ein Stück Glauben an die Zukunft bringen. Recht so! Lieber in Optimismus als in Pessimismus machen, trotz aller Zeitnöte. Durch den ganzen Kalender geht ein lebendiger, frischer Zug, der durch die Wahl lebhafter Farben und flotter Typographie erzeugt wird. Zwischen den einzelnen Wochenblättern sind ebenfalls lebensbejahende Werbeblätter eingestreut, die auf die Erzeugnisse der Druckerei in geschickter Weise hinweisen.

„Volksblatt“ G. m. b. H., Kassel. Im oberen Teil dieses Abreißkalenders ist das Symbol der Zeitung, die Rotationsmaschine in Braundruck abgebildet. Die horizontale Aufstellung der Fläche in zwei Hälften wirkt selten frisch, zumal wenn das richtige verbindende Element fehlt. In erster Linie stören die weidurchschossenen Zeilen neben dem Block, weil die Lesbarkeit durch die senkrechten Linien beeinträchtigt wird. Man hätte hier besser eine feste Gruppe aus einer gutgelesenen Grottesk gebildet. Der Block selbst ist recht gut placiert und die schwarzrote Seiteneiste sorgt für die nötige Beachtung.

Der Wandkalender mit den abreißbaren Zwischensblättern ist räumlich gut gegliedert. Das helle Rot der beiden Zeilen auf der Rückwand bringt in die sonst ernste Stimmung etwas Leben. Die untere Sachgruppe auf dem Deckblatt des Blocks ist recht geschickt in den Raum gestellt und das Kalendarium gut und übersichtlich zusammengefaßt.

Der zweifarbige gehaltene Halbjahreskalender ist vertikal in zwei Hälften aufgeteilt und hätte eine gute Wirkung,

wenn er durch eine starke Linienumrandung begrenzt worden wäre. Die linke Hälfte wirkt — für sich betrachtet — recht angenehm und ist sowohl räumlich wie farblich recht gut gegliedert.

„Volksfürsorge“, Hamburg. Diese erfolgreiche Arbeiterversicherung hat einen recht geschmackvollen Taschenkalender herausgebracht, den der Besitzer gern bei sich tragen wird. Es handelt sich hier nicht um ein gewöhnliches, billiges Massenprodukt, sondern um eine gute gewerbliche Arbeit, die mit Geschick und Geschmack gefertigt wurde. Das dunkelrote Leder, auf dem das Signet und die Jahreszahl geschickt in Goldprägung stehen, wirkt recht angenehm. Auch die innere Ausstattung paßt sich dem Ganzen harmonisch an.

„Volksmacht“, Bielefeld. Die Rückwand dieses Kalenders ist eine glückliche Paarung von Ernst und Humor. Die leuchtenden Farben und die beiden lustigen Vögel werden bestimmt anregend auf den Beschauer wirken und auch einen Griesgramm freudig stimmen. Die zwölf Zeichen des Tierkreises schmücken die Seiteneisten der Rückwand recht angenehm. Die Wochenblätter sind einfach in zwei Farben gehalten und bieten genügend Raum für Notizen. Dem Neujahrswunsch, „Dem neuen Jahre zum Geleite: Fern bleib uns Krankheit, Dales, Meite!“, auf dem ersten Blatt schließen wir uns gern an.

„Volksmacht“, Bielefeld. Dieser Wandkalender ist gleichgültig auch mit entsprechend anderen Titeln für den Bezueher der „Volkszeitung“, der „Oberpost“ und den „Volksfreund“ hergestellt worden. Er ist in Schwarz-Rot gehalten und hat auf der linken Seite eine wirkungsvolle Leiste, die auf rotem Grund außer dem Titel der Zeitung noch einen Vögel (mit der betreffenden Zeitung in der Hand) zeigt. Das Kalendarium ist geschickt mit der Leiste verbunden.

Der Schreibisch-Kalender ist nicht nur als Terminkalender praktisch, sondern auch recht hübsch ausgestattet. Das Deckblatt ist saß- und drucktechnisch eine vollkommene Leistung. Auch die zweifarbigen Wochen- und Zwischenblätter zeigen gute neuzeltliche Typographie.

„Vorwärts“ Druckerei, Berlin. Die Fahne der Republik beherrscht die Rückwand. Zu beiden Seiten des Blocks wird durch entsprechende Motive die Tätigkeit des Landwirts und des Industriearbeiters dargestellt. Der Entwurf stammt aus dem Atelier Bernhard, und man muß sich wundern, daß dieses bekannte Atelier keine bessere Gesamtwirkung des oberen und unteren Teiles der Rückwand herbeigeführt hat. Das lüthliche Blau des Himmels wirkt kitschig. Der Tagesblock ist wie immer mit belehrenden Hinweisen und Notizen versehen und macht ihn deshalb wertvoll.

„Weser-Main-Verlag“, Kassel. Der im achten Jahrgang erscheinende illustrierte Volkskalender „Zwischen Weser und Main“ will durch Ernst und Scherz Unterhaltung und Belehrung in die Tage heißer Arbeit und schwerer Sorge, bitterer Enttäuschung und tiefen Leidens einige Stunden stiller Freude und innerer Erhebung schaffen. Die technische Ausführung hätte die goldene Mittelkline ein. Außer der Kunstbeilage „Alle Kupferstiche in Bettenhausen“ enthält der Kalender noch stimmungsvolle Monatsseiten und Volksbilder in raffinem Holzchnitt sowie eine Anzahl erklärender Zeichnungen und Illustrationen. Bei dem reichhaltigen Inhalt ist der Preis von 50 Pf. für dieses Jahrbuch, das mit einem reizenden farbigen Umschlag versehen ist, nicht zu hoch.

Westdeutsche Verlags-Druckerei G. m. b. H., Düsseldorf. Dieser Abreißkalender hat nur einen, aber einen so großen Fehler, daß er als Tagesgenosse nur

seiner Ausführungen widmete Kollege Bonte einer schneidenden scharfen Kritik der privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Der ungewöhnlich starke und langanhaltende Beifall, der dem Vortrag gezollt wurde, mag unsern ausländischen Gast beweisen haben, daß auch die schwerfälligen Westfälinger verstanden haben, seine rhetorisch wie gebantlich gleichermaßen hochwertige Leistung richtig einzuschätzen und zu würdigen. Namens des Gruppischen Kartells verlas Kollege Dr. Herrmann dem Kollegen Bonte wärmsten Dankes. Vieles von dem, was in Holland auf organisatorischem, tarif- und sozialrechtlichem Gebiet erreicht worden sei, könne die deutsche Kollegenchaft zur Nachahmung anregen; in vielerlei Hinsicht wiederum sei jedoch die deutsche Kollegenchaft bereits weiter gelangt als die holländische. Die wichtigste Lehre des Vortrags sei aber zweifellos das Erkenntnis, daß die Beseitigung der privatkapitalistischen Wirtschaft eine Aufgabe internationalen Maßstabes ist. In diesem Geiste bitte er den Kollegen Bonte, den holländischen Kollegen herzliche Grüße zu übermitteln. (Lebhafte Beifall.) Damit hatte die wohlgelungene Veranstaltung ihren offiziellen Abschluß gefunden. Gesang und Musik hielten die Besucher der Veranstaltung jedoch noch einige Stunden zwanglos besessenen.

K. Erfurt. Am 24. Januar fand hier eine Ortsvorsitzende Konferenz statt, der eine Sitzung der Betriebs- und Vertrauensleute vorausging. Vorsitzender Rönig verlas ein Rundschreiben des Gau's, ersuchte die Vorstehenden um baldige Einsetzung des Jahresberichts, soweit sie noch im Verzuge waren, während die Vertrauensleute angehalten wurden, neue Betriebsratslisten einzulegen, wo Änderungen im Betriebsrat durch Austritt oder Ausscheiden vorgekommen sind. Ein Rundschreiben der Erfurter Volkshochschule zeigte an, daß Lehrer Demmer an acht Montagenenden einen Kursus abhält über das Thema „Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze“. Am dem Kursus können auch Erwerbslose teilnehmen, die Kosten trägt die Ortskasse. Um durchreichende Ausgeleutete werden jeweils 2 M., an Bezugsberechtigte 1 M. gezahlt. Eine größere Aussprache entpann sich über den Punkt „Eiserne Front“, zu dem Kollege Schmidt referierte. Er führte u. a. aus, daß auch sogar in den intellektuellen bürgerlichen Kreisen eine Jagdflüsterung andrückt, was durch einen sehr anspitzenden Artikel in einer großen bürgerlichen Tageszeitung dokumentiert wird, worin der Verfasser sagt, daß es dann für die geistig Gebildeten und Schaffenden mit der Freiheit des Denkens vorbei ist, wenn der Faschismus in Deutschland ausbricht kommt, weil dann jeder nur faszinierbar denken und reden darf. In Erfurt haben sich sofort 50 Kollegen, ein Hilfsarbeiter und ein Lehrling für die Eiserne Front eingeregnet. Dieses Ergebnis sei für Erfurt zu gering, der Vertrauensmännerapparat müßte besser funktionieren, die Vertrauensleute sollten mehr Tätigkeit mit jedem einzelnen nehmen und mit gutem Beispiel vorangehen und sich als erste einzeichnen, damit nicht andre ihnen darüber Vorkhaltungen machen können. In den nächsten Tagen werden in Erfurts größten Sälen Massenwerberammlungen für die „Eiserne Front“ stattfinden. Zu den bereits eingerichteten Turnkursen sollten sich die Kollegen fleißig einfinden. Kollege Bonte, der älteren Kollegen in Erfurt nur schwer für die „Eiserne Front“ zu gewinnen, und doch hätten gerade sie im Falle der Faschistenherrschaft am meisten zu verlieren; wenn die Gewerkschaften aufhören, in die sie 20 bis 30 Jahre hineingeworfen haben. Unklarerweise sei es nicht überall so wie in Erfurt, denn in den andern Städten hat die Werbung für die Eiserne Front die größten Erfolge gezeigt. Auch jeder Naziist könne beitreten, es handle sich doch bei der Eiserne Front nicht um eine Angriffs-, sondern im Gegenteil um eine Abwehrorganisation. Mit der Aufstellung von Listen würde ja durchaus nichts Verfassungswidriges begangen. Die Listen sollen vielmehr eine Handhabe sein, damit man weiß, auf diese Verfassungsvertrauen ist sicherer Verlaß. Aus den Situationsberichten der Ortsvorsitzenden ging dann hervor, daß es hinsichtlich der Bekämpfung des Faschismus in vielen andern Orten bedeutend besser steht als in Erfurt. Besonders Aufmerksamkeit müsse man der Nazi-Jugendbildung in den Betrieben zuwenden, womit die Gewerkschaften untergraben werden sollen. Kollege Siegel bedauerte, daß viele Kollegen den „Korr.“ nicht aufmerksam lesen, deshalb seien sie in organisatorischen Fragen so unkundig und interesslos. Hin-

sichtlich der Lehrlings Einstellung zu Ostern müsse darauf geachtet werden, daß bei dem Gehilfenstand die Staffeln nicht überschritten und die Durchschnittsgehilfenstaffel des ganzen Jahres als Norm angelegt werde. Bei Kurzarbeit der Gehilfen dürfen Lehrlinge nicht produktiv beschäftigt und ihnen am Kolfgeld nichts gekürzt werden. Den Vertrauensleuten und Betriebsräten wurde angezogen, auf Vortragen keine Vorschläge zu machen, wer zur Entlassung kommen könnte, sondern dies dem Geschäft anheimstellen, aber bei Ungerechtigkeiten und gegebenen Härten entsprechend einzuschreiten. Ein Betriebsrat oder Obmann kann allein nicht bestimmen, sondern soll bei entscheidenden Fragen über Kurzarbeit oder Entlassung erst eine Abstimmung herbeiführen. Bei Einsetzung von Statistiken sollen die Faktoren nicht unter die Gehilfen gerechnet werden, weil sich das Lohnniveau hierdurch verschleibt. Als Kuriosum stellte sich heraus, daß in Thüringen trotz der dem Reichsminister Fried nachgerühmten Ausbalancierung des Haushalts in fast allen Orten die Bürger- und andre Steuern bedeutend höher sind als in dem so viel verdienstlichen Preußen. So erhebt, um nur ein Beispiel zu nennen, Urnstadt 80 Pf. Wassergeld für den Kubikmeter. Hinsichtlich der Preisentzugsaktion brachte Kollege Schmidt einen drastischen Beweis, daß einzelne Geschäfte sich immer noch nicht umstellen wollten, weshalb es sich die Kollegen nicht verdrießen lassen sollten, selbst einmal dies und jenes einzukaufen und den Ladeninhabern gegebenenfalls ganz formgerecht auf die Preisentzug aufmerksam zu machen. Maniert wurde, daß bei den Gamteilungen der Bildungsverband immer eine volle Seite für sich beansprucht, wodurch die andern Sparten infolge Raummangels zu kurz kämen. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß jeder Kollege, der statutarische Verbandsunterstützung erhält, verpflichtet ist, den Beitrag für die Witwenkassen zu leisten, was von einzelnen Ortsleitungen nicht beachtet worden sei. Beschwerde wurde auch geführt, daß der Gau zu viel Fragebogen schickt, so daß die Rückvergütung infolge des vielen Portos oft nicht ausreicht. Als Weihnachtsunterstützung an die Erwerbslosen wurden gezahlt von Gau 1865 M., vom Bezirk 2080 M. Im Bezirk Erfurt sind etwa 200 arbeitslose Kollegen vorhanden. Ausgeschloffen wurden 18 Feuertag-Mitglieder wegen verbandsfremdigen Verhaltens. Nachdem noch über die Vermögenslage des Gau's und des Verbandes im allgemeinen ausführlich berichtet worden war, bestand Einigkeit darüber, daß die nächste Bezirksversammlung aus finanziellen Gründen in Erfurt stattfinden müsse, doch könne man heute noch keinen bestimmten Termin nennen.

Gera. (Handseher.) Unsere Jahreshauptversammlung am 18. Januar brachte unter „Mitteltungen“ eine Anzahl Eingänge des Gauvorstandes und der Zentralkommission. Begrüßt wurde der Bericht der letzteren, ab 1932 bei mehr als 40 Proz. Arbeitslosen in den Vereinigungen eine Beitragserleichterung zu schaffen; doch war die Versammlung der Meinung, daß diese Erleichterung schon bei 25 Proz. Arbeitslosen eintreten sollte. Für die im Februar in Erfurt stattfindende Vorstandskonferenz wurde ein entsprechender Antrag beschloffen. Sind doch in der hiesigen Vereinigung schon seit längerer Zeit 30 Proz. Arbeitslose vorzufinden. Der Jahresbericht des Vorstehenden und des Kassierers wurde von der Versammlung gutgeheißen, und die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Hinsichtlich der Vorstandskonferenz für Thüringen im Februar in Erfurt wurde beschloffen, den Vorstehenden, Kollegen Rante, zu entsenden. Weiter wurde beschloffen, daß der Vorstand im laufenden Jahr in Gemeinschaft mit der Ortsgruppe des Bildungsverbandes Veranstaltungen jeglicher Art arrangieren soll. Der Monatsbeitrag wurde in der bisherigen Höhe belassen.

Hamburg. (Handseher.) In unserer Hauptversammlung am 24. Januar gab Vorstehender Cohn u. a. Kenntnis von den letzten Vorkommnissen im Gau. Im Verbandsrat sei die Sorge um Wiedereinrichtung der Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß groß. Die Unternehmer nutzen alle Gelegenheiten aus, um den Arbeitern in jeder Weise ihr fernes Einkommen zu schmälern. Nur eine einige Arbeiterchaft sei imstande, den Unternehmern Respekt einzuflohen. Auch den Erwerbslosen müßte dringend geraten werden, nicht noch gegen die in Arbeit stehenden Kollegen zu gehen. Im Gau Hamburg hofft man jetzt, über diese schlimme Zeit hinwegzukommen, ohne eine nochmalige Kürzung der Unterstützungen vorzunehmen. In seinem Jahresbericht hob der Vorstehende die Verdienste des Kollegen Reuther um die Durchführung der Bestimmungen der Bundesratsverordnung hervor, die er leider nicht so wertzten konnte, wie es sein Wille war, da er die Unterstützung der Arbeitnehmervertreter nicht fand. Die Ehemänner sei infolge des schlechten Wachsens der Formen für uns Handseher groß. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen zu seltenem Zusammenhalt und waznte vor Verpflichtung. Was die Vereinigung für uns Erwerbslosen tun könne, solle geschieden. Kollege Vartz gab den Kassienbericht, der mit einem Bestand von 1480 M. abschloß. Alle Erwerbslosen zu erfassen sei nicht möglich trotz größter Bemühungen. Kollege Sirotko gab den Bericht der Berechnungskommission. Außer kleinen Anfragen hatte die Kommission drei größere Berechnungen vorzunehmen. Er richtete die Mahnung an alle Kollegen, bei Vorkommnissen irgendweshier Art sich an die Kommission zu wenden. Die Berechnungskommission arbeite gern im Interesse der Allgemeinheit. In der Diskussion schnitt Kollege Sirotko die Frage des Maternaustausches an. Diese habe einen Umfang angenommen, der endlich energisch bekämpft werden müsse. Seit zwei Jahren beschäftigte uns schon diese Frage und immer seien wir nicht weitergekommen. Im Schlußwort gab Kollege Cohn die Versicherung, daß Zusammenkünfte und Unterhaltungen, auch Ausflüge, weiter wie bisher gemacht werden sollen. Zur Frage des Maternaustausches, der wieder weitergefallen sei und sich zu einem unzulässigen Zustand ausgewachsen habe, empfahl der Vorstand folgende Entschloßung an die Zentralkommission der Handseher Deutschlands: „Die Vierte Notverordnung hat neben der diktatorischen unerhörten Lohnsenkung auch eine Verdrängung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich vorgezogen zur Wiedereinrichtung Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß. Wir schließen uns dem Vorgehen des RDB. gegen den Reichsarbeitsminister Stegerwald in vollem Umfang an. Wir erwarten von der

Zentralkommission der Handseher außerdem, endlich die Initiative zu ergreifen in der Maternfrage. Es kann nicht angehen, daß gerade die Handseher die größte Last der Arbeitslosigkeit tragen sollen, wodurch auch der Verband in seinem Bestand lahmgelegt zu werden droht. Wir verlangen, an den Ertrungenheiten der technischen Verwohlommung wie auch der Rationalisierung durch Verkürzung der Arbeitszeit unsern Anteil und bei dem heutigen Lohnabbau mit vollem Ausdeiß. Im Interesse des Verbandes wie auch der Sparte ist ein energisches Vorgehen in diesen Fragen zur Entlastung eines jeden noch arbeitenden Arbeiters im Buchdruckgewerbe von staatlichen und sonstigen Steuern und Abgaben. Wir ersuchen, unsere Forderungen (Maternfrage und Arbeitszeitfrage) dem Verbandsvorstand zu übermitteln.“ Daß die Maternfrage nicht weitergekommen sei, hätten Käufler, die wir auf verschiedene Betriebe nehmen mußten, veranlaßt. Diese Maßnahme sei aber jetzt hinjählig, da diese Betriebe in bezug auf Schäbädigung der Arbeitnehmer (Lohnföhrung um.) wie alle andern Firmen vorgegangen seien. Auf Antrag der Revision wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Vorstehende Entschloßung fand einstimmige Annahme. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. In die Berechnungskommission wurde an Stelle eines ausgeschiedenen Kollegen ein Ersatzmann gewählt.

Magdeburg. Übervoll besetzt war unsere Versammlung am 15. Januar. In Anbetracht der gespannten Lage im gesamten Gewerbe, hauptsächlich auch am Ort, hielt es der Vorstand für notwendig, ein Referat durch unsern Gauvorsitzer König (Halle) erstatten zu lassen. Zunächst wurde das Andenken an den Kollegen Hermann Schreiber gelehrt. Der Verföhrere war ein eifriger Gewerkschaftler und pflichtgetreuer Kollege. Vorstehender Bickel eröffnete die Versammlung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen. Wie alljährlich veranstaltet die Volkshochschule auch in diesem Jahr Betriebsratkurse, und es wurde darauf hingewiesen, diese gahreich zu besuchen. Kosten werden von der Ortskasse getragen. Regelmäßige Teilnahme während der Kursdauer ist erforderlich. Kollege König referierte dann über „Die Lage im Buchdruckgewerbe“. Er behandelte kurz die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage und ausführlicher die „Materordnung“ unfres Verbandsvorstandes. Er gab die Materien bekannt, die dieser treffen mußte, um den Verband über diese Krisenzeit hinaus leistungsfähig zu erhalten. Während des Vortrags wurde der Referent durch starke Zwischenrufe dauernd unterbrochen. Eine sehr stürmische Diskussion schloß sich dem Vortrag an. Immer wieder wurde energisch verlangt, daß endlich auch einmal die Führer Opfer bringen müßten durch Verzichtleistung auf einen Teil ihres Gehalts. (Daß dies längst geschehen ist, sollte doch auch in Magdeburg bekannt geworden sein. Schriftl.) In seinem Schlußwort ging dann der Referent auf die einzelnen Redner ein und betonte hierbei, daß die Gewerkschaften im Brennpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen ständen. Kritik ist wohl notwendig, sie müßte aber gerecht sein und getragen werden vom kollegialen Geißt. Keineswegs dürfe sie zerstörend wirken. Der Antrag des Vorstandes, den Ortsvereinsbeitrag um wöchentlich 10 Pf. zu erhöhen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag, der verlangte, die wöchentlich gezahlten 10 Pf., zum Bau des Gewerkschaftsschules, der Ortskasse zuzuföhren, um unsre Ortskasse zu lantieren und hierdurch des Ortsauschusses wurde Kollege Neumann wiedergewählt.

München. (Schriftgießer, Stereotypente und Galvanoplastiker.) Unsere Generalversammlung am 17. Januar hatte einen guten Besuch vom Ort und Gau aufzuweisen. Wieder konnten zwei Kollegen (Armer und Willand) für 25jährige treue Mitgliedschaft durch Ueberreichung der Ehrenurkunde geehrt werden. In seinem Jahresbericht erwähnte Vorstehender Brandenberger u. a. die rege Vereinstätigkeit des vergangenen Jahres, den im allgemeinen guten gewerkschaftlichen Geißt, der sich auch in gutem Versammlungsbesuch abzeichnete, und auch die leider unermesslichen Krisenfolgen, die uns wie überall nicht erspart blieben. Hatten wir doch am Ort 24 und im übrigen Gau laut mündlicher Berichte etwa 15 arbeitslose Kollegen (einstimmlich Schriftgießer) zu verzeichnen. Der Kassienbericht des Kollegen Wutz zeigte von geordneter Kassienführung und guter Finanzlage. Laut der Berichte des Delegierten beim Fraunauschuß, des Fachlehrers und der Technischen Kommission wurde im verlaufenen Jahr das Bestmögliche in bezug auf Lehrlingsbetreuung und technische Fortbildung getan. Von den eingelaufenen Anträgen betrafen drei Statutenänderungen auf finanziellem Gebiet; ein Antrag eines Gaukollegen betreffend Beschloßung des Stereotypentages 1932 fand einstimmige Annahme. Die Ermäßigung des Beitrags wurde von der Mehrheit abgelehnt. Ebenso wurden im Ausgabebetrag im großen Ganzen die alten Sätze beibehalten. Die Vorstandswahl ergab in allen Ämtern einstimmige Wiederwahl — mit Ausnahme einer Neubewerbung in die Technische Kommission. Vom Vorstehenden der Wahlkommission wurde im Namen der Versammlung allen funkungerenden Kollegen der beste Dank für ihre bisherige Tätigkeit und das volle Vertrauen ausgesprochen. Kollege Brandenberger erwiderte diesen Dank an alle Kollegen, die guten Willens sind, und bat um fernere auhbringende Mitarbeit. Unter „Technischem“ hörten wir einen hochinteressanten Vortrag mit Anschauungsmaterial über die neue Autotypie, „Silbertonmatern“, die in einem hiesigen Betrieb das Licht der Welt erblickte und auf einen bedeutenden Fortschritt der Reproduktionstechnik in der Stereotypie schließen läßt. So nahm die Versammlung einen interessanten und von kollegialen Geißt getragenen Verlauf und Ausklang.

Nebenbach-Mylau-Meißlau. Unsere Jahreshauptversammlung am 9. Januar verlief in angeregter Weise. Unter „Eingängen“ lag ein Schreiben der Volkshausgesellschaft vor, einen bestimmten Tag zu den Versammlungen festzulegen; dem konnte nicht ganz entsprochen werden. Aus dem Jahresbericht des Vorstehenden war nichts Erhellendes in wirtschaftlicher und lohnpolitischer Hinsicht für die Kollegen zu entnehmen. Es leuchtete uns gegenwärtige Situation und zugleich die unsrer Gewerkschaften gegenüber der kapitalistischen Weltkrise herpor. Der Bericht wurde debattelos genehmigt. Dem Kassierer wurde

sympathisch wird. Wer kann sich eines düsteren und pessimistischen Eindrucks erwehren, wenn ihn den ganzen lieben Tag und das ganze Jahr die Farben der Trauer umgeben. Der Kalender wäre in allen Teilen gut, wenn statt der Silberfolie und des Schwarz lebendige Farben Verwendung gefunden hätten. Die negativen Zahlen des Tagesbloss sind gut. Auch das Deckblatt ist in der Zeichnung

Georg Westermann, Braunschweig. Das Titelblatt dieses beliebten Wochenblatts ist wiederum mit einem hübschen Motiv — Blumenstück von Marianne Fiegelhuber-Gutknecht — in Dreifarbenbuchdruck geschmückt. Auch die einzelnen Blätter bieten viel Anregung in geschmacklicher und geistiger Hinsicht. Mit Andacht betrachtet man die schönen Blätter und kann sich ihres nachhaltigen Eindrucks nicht erwehren. Der Kalender wird viel innere Freude auslösen und dem Beschauer ein eindrucksvolles Bild technischen Könnens vermitteln.

Wenn man sich zum Schluß nochmals die vielen schönen und zeitraubenden Kalender vergegenwärtigt, dann muß man seine Hochachtung für das Geleistete zum Ausdruck bringen. Man muß bedenken, daß das schöpferische Schaffen stark durch die wirtschaftliche Not gekemmt wird. Um so freundlicher ist es zu begrüßen, daß sich das Druckgewerbe nicht von der augenblicklichen Not zu Boden drücken läßt, sondern mit allen Kräften verucht, den technischen Hochstand des Gewerbes zu halten. Hoffen wir, daß diese stolze Zuversicht auf eine bessere Zukunft nicht enttäuscht wird. Sh.

hierauf für seinen Kasfenbericht die verbiente Entlohnung zuteil. Unter Punkt „Entschädigungen“ lag ein Antrag vor, alle Remunerationen außer der für den Kassierer um 60 Proz. zu kürzen und den ersparten Betrag dem arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen des Ortsvereins zuzuführen, da diese zu Weihnachten nur spärlich bedacht werden konnten. Dieser Antrag entsagte einen unbegreiflichen Sturm. Es erfolgte Ablehnung mit 8 gegen 16 Stimmen bei über einem Duzend Enthaltungen. Ein neuer Antrag, der eine Kürzung von 33 1/2 Proz. außer der für den Kassierer vorlag, fand Zustimmung. Den Arbeitslosen usw. konnten auf diese Weise insgesamt 67 M., verteilt werden, überwiegen werden. Der gesamte Vorstand wurde, außer dem Kassierer, neu besetzt. Als Vorsitzender wurde Helmut Walthert gewählt, nachdem der frühere Vorsitzende, Kollege Kurt Heinz, trotz Stimmenmehrheit abgelehnt hatte. Betreffs der Sperrung der Kurzarbeiterunterstützung wurde eine gefahrlöse Resolution an den Verbandsvorstand gefasst. In Sachen der Wollkündigung des gesamten Personals der Firma Hübler & Strödel (Reichenbach) ist der Gaurvorstand bereits verständigt. Als Volkshausgesellschaftsvorsetzter wurde der Kassierer bestimmt. Kollege Keller dankte dem bisherigen Vorsitzenden für seine Tätigkeit.

Schwab-Gmünd. In der Hauptversammlung am 9. Januar nahm einen überaus harmonischen Verlauf. Vorsitzender Grupp begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und gab einen kurzen Überblick über das vergangene Geschäftsjahr. Danach zählt der Ortsverein gegenwärtig 46 Vollmitglieder und 3 Ausgesessene; die tariflichen Verhältnisse sind gut, was im allgemeinen auch von der Beschäftigung gelagt werden kann. Der Vorsitzende schloß mit der Aufforderung an die Kollegen, auch im kommenden Jahr treu zum Verband zu halten. Kollege Frey gab sodann den Kasfenbericht. Einen kurzen Überblick über die Tätigkeit der Lehrlingsabteilung gab Lehrlingsleiter Scherer. Der Punkt „Wahlen“ war schnell erledigt. Für den altershalber zurücktretenden Kassierer wurden die Kollegen Grupp und Hartzel gewählt. Unter „Verschiedenem“ wurden dann noch einige Angelegenheiten erörtert und besprochen, worauf der Vorsitzende die Versammlung mit Dankesworten schloß. — Anschließend hielt die hiesige Ortsgruppe des Bildungsverbandes ihre Hauptversammlung ab, in der für den zurücktretenden Vorsitzenden Knoll Kollege Scherer einstimmig gewählt wurde.

Sonneberg. In unserer Jahres-Hauptversammlung am 17. Januar fand neben dem Jahresbericht des Vorstandes, dessen Neuwahl und verschiedenen andern Punkten auch ein Referat unfres Bezirksvorsitzenden Simon (Koburg) zur Tagesordnung, mit dem Thema „Unser Bezirksvorsitzendensekretariat und ihre Befähigung“. Der Referent sprach in kurzen Zügen über die letzte Lohnherabsetzung, die durch Dittat der Vierten Notverordnung herbeigeführt worden ist. Die Sentung selbst lehnte er ab, weil dadurch die Kaufkraft trotz Preislenkung geschwächt wird. Das dringend notwendige Untersuchungsverfahren gegenüber unsern arbeitslosen und ausgebeuteten Kollegen führte er jedem einzelnen vor Augen. Die Aussprache war eine ergiebige. Die Wortführerschaft ergab die Wiederwahl des ersten Vorsitzenden Hermann Dörich; desgleichen wurden sämtliche Vorstandmitglieder bis auf den Lehrlingsleiter, der ausscheidet, wiedergewählt. In der in diesem Jahr stattfindenden 25jährigen Ortsvereinsjubelium wird in kleinem Rahmen gefeiert werden. Mit dem Gelöbnis der Treue zum Verband fand die Versammlung ihren Abschluß.

Stahlfurt-Leopoldsdahl. 25 Jahre Ortsverein im Verband der Deutschen Buchdrucker, 25 Jahre Arbeit für die Kollegenchaft in Stahlfurt-Leopoldsdahl und damit 25 Jahre tätiger Mitarbeit an dem stolzen Bau des Verbandes — dieses Ereignis führte die hiesige Buchdruckerchaft am 16. Januar im „Volkshaus“ unter Beteiligung Gleichgesinnter zum festlichen Begehen zusammen. Der große Saal war gut besetzt, als die Musik mit dem „Freiheitsmarsch“ die Feier eröffnete. Nach einem von Kollegen Seilkopf verfassten, von Kollegen Lieberich ausdrucksvoll gesprochenen feinnollen Vorpruch begrüßte Vorsitzender Stevens die Erschienenen, insbesondere unsern Gaurvorsteher König (Halle), den Bezirksleiter Janzon (Alfersleben), weiter den Gewerbeoberlehrer Schaffran sowie die Kollegen Kothke (Leipzig) und Schöder (Magdeburg), die als Grinber neben den fünf noch am Ort befindlichen Kollegen es sich nicht haben nehmen lassen, zum Ehrentag des Ortsvereins nach Stahlfurt zu eilen. Mit einem hoffnungsvollen Vorwärts auf der festgelegten Bahn des Verbandes zum 50jährigen Stiftungsfest klang der Willkommengruß aus. Nach einem weiteren Musikstück und dem vom „Sängerbund“ Stahlfurt wirkungsvoll zu Gehör gebrachten Lied „Nach dem Sturm auf Westerlandschl“ von Ahmann hielt Kollege König die Festrede. Er übermittelte im Namen des Verbandsvorstandes sowie des Gaurvorstandes dem Ortsverein zu seinem Ehrentage die herzlichsten Glückwünsche. Gern sei er der Einladung gefolgt, um so mehr, als er an der Gründung des Ortsvereins vor 25 Jahren persönlich teilnehmen konnte. Weder schilderte dann kurz die Gründung und die Einführung des Tarifs in Stahlfurt. Er gedachte der regen Mitarbeit der Kollegen und nicht zuletzt der Funktionäre, des bereits acht Jahre amtierenden Vorsitzenden Kollegen Stevens und des noch einige Zeit länger tätigen Kassierers Gödecke, denen er für ihre opfervolle, gemeinnützige Arbeit besonders dankte. Er würdigte dann kurz die Segnungen und Leistungen des Verbandes und richtete an die jüngeren Mitglieder die Mahnung, den alten Kollegen nachzueifern. Kollege König gedachte hierauf der im Weltkrieg gefallenen 13 Kollegen des Ortsvereins, deren Namen er verlas, und widmete den treuen Kameraden und braven Kollegen einen warmen Nachruf. Die Festteilnehmer hatten sich inzwischen von ihren Plätzen erhoben, während die Musik gedämpft das Lied von guten Kameraden spielte. Zum Schluß überreichte Kollege König dem Vorsitzenden ein gerahmtes Bild des Verbandsvorsitzenden Joseph Seitz. Es solle zur Nachfeierung in der Treue zur Organisation anspornen und vor allen Dingen immer daran mahnen: Einigkeit macht stark! Kollege Janzon übermittelte die Grüße und Wünsche des Bezirgs und überreichte als letzte Anerkennung eine Vereinsglode. Gewerbeoberlehrer Schaffran betrachtete es als eine angenehme Pflicht,

in weiterer beruflicher Verbundenheit dem Ortsverein Stahlfurt-Leopoldsdahl im Verband der Deutschen Buchdrucker zu seinem 25jährigen Bestehen die herzlichsten Glückwünsche zu überbringen. Im Auftrag des Verbinder Ortsvereins wünschte dessen Vertreter dem Stahlfurter Ortsverein alles Gute für die Zukunft. Glückwünschelegramme waren eingegangen von den Ortsvereinen Magdeburg, Burg und Nordhausen. Im Verlauf des Abends gelangten weitere sauber gezeichnete Musikstücke zu Gehör. Die Lehrlingsabteilung bewies durch den flott gespielten Einakter „Der Redaktionspfeil“, daß sie auch in der Kunst auf den Brettern, die die Welt bedeuten, bewandert ist. Erste Vorführungen der Turner und Turnerinnen der Freien Sportvereingung Stahlfurt forderten Anerkennung und Beifall. Kollege Lessing brachte die Rezitation „Der Hammer“ zum Vortrag, während der Frauenchor mit dem „Rumanischen Volkslied“ von Walter die Anwesenden erfreute. Mit einem schnellig gespielten Schlusmarsch war das Programm erledigt und der Tanz trat in seine Rechte, die die Festteilnehmer noch einige gemütlüche Stunden zusammenhielt.

Allgemeine Rundschau

Kollektionsangriff Berliner Großdruckereien auf die Arbeiterfront. Der von den Vertretern der organisierten Arbeiterchaft vor Erlass der Vierten Notverordnung an Regierungsgesellschaft gemachte energische Widerstand, gegen das rigorose Lohnabbauakt der Reichsregierung hat es leider nicht vermocht, dies drohende Unheil abzuwenden; es gelang nur, wenigstens einen gewissen Halt für die Tarifhöhe zu schaffen. Zimmern ist durch den Druck der Gewerkschaften erreicht worden, daß Reichsstaatsrat Brüning in der Lohn- und Preisfrage sein Wort schriftlich verpendet hat. In seinem Brief an den Reichstagsabgeordneten Wels ist klar gesagt, daß eine neue Kaufkraftsprüfung als Folge des Lohnabbaues, also ein Fixstos des Preisabbaues, eine völlig neue Situation schaffen müsse. Diese Situation ist bereits jetzt gegeben. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung Dr. Goederer hat erst dieser Tage in einer Preisbesprechung auf das unbefriedigende Gesamtergebnis der Preislenkungsaktion ausdrücklich hingewiesen. Die Lebenshaltungskosten seien bis Ende Januar nur um 6 bis 7 Proz. gefallen. Gegenüber dem diesjahr budgetierten 15prozentigen Lohnabbauakt ist also unbedeutend eine neue scharfe Kaufkraftsprüfung seit dem 8. Dezember eingetreten. Ausgerechnet diesen Zeitpunkt hielten — wie schon in voriger Nummer mitgeteilt — zehn Berliner Großdruckereien für geeignet, an ihre Personale die ultimative Forderung zu stellen, sich innerhalb 48 Stunden mit einer bis zu 50prozentigen Senkung der überörtlichen Löhne einverstanden zu erklären. Diese unerhörte Forderung wurde natürlich von allen Personalen glatt abgewiesen. Eine solche Einmütigkeit hatten die Unternehmer anscheinend nicht erwartet, und es war ihnen dadurch offenbar der Mut genommen, die Konsequenzen aus der einmütigen Ablehnung ihres Ultimatum zu ziehen und am Freitag die bereits verschiedentlich angekündigten Massenkündigungen auszusprechen. Am 20. der durch die Inhaber der Großbetriebe von Schell, Molle, Eisner, Sella, Essler, Grobe, Bügenstein, Langenscheidt, „Deutsche Tageszeitung“, Berliner Börsenzeitung und S. S. Hermann herausgegebenen Situation Stellung zu nehmen, wurden vom Graphischen Kartell die Betriebsräte sämtlicher genannten Firmen zu einer Zusammenkunft am 6. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus eingeladen. Restlos hatten die Betriebsräte dieser Einladung Folge geleistet. Abereinstimmend wurde von ihnen zum Ausdruck gebracht, daß die Belegschaften ihrer Betriebe fest entschlossen sind, nicht den geringsten Abbau ihrer Löhne widerstandslos hinzunehmen. Die graphische Arbeiterchaft habe den letzten Lohnabbau noch nicht verschmerzt, der durch die Reichsregierung und die Schlichtungsinstanzen diktiert worden ist. Sie sei bereits hart an die Grenze des Existenzminimums gedrängt worden, so daß eine weitere Schmälerung ihrer Verdienste einfach unerträglich wäre. Aus einer Reihe gefallener Äußerungen der Inhaber oder Vertreter der betreffenden Großdruckereien ging zweifellos hervor, daß es sich bei dem Lohnabbauakt um eine von der Prinzipalsorganisation vorbereitete Maßnahme handelt. Damit wurde auch eine Äußerung bekräftigt, die ein prominenter Berliner Prinzipalvertreter schon vor Wochen fallen ließ über den demnächstigen vollständigen Abbau der überörtlichen in den Berliner Betrieben. Nachdem inzwischen ein dahingehender Vorstoß in kleineren und mittleren Betrieben von Prinzipalsseite mit unterschiedlichem Erfolg verucht worden ist, soll nunmehr die Hauptaktion in den Großbetrieben durchgeführt werden. Dieses unermessliche Vorgehen muß als ein Spiel mit dem Feuer bezeichnet werden, das weittragende Folgen nach sich ziehen droht, wenn auf Prinzipalsseite nicht rechtzeitig Verzugsgründe Platz greifen. Das Maß ist voll! Das war die übereinstimmende Schlussfolgerung aller Betriebsräte. Ebenso einmütig wurde von ihnen aber auch zum Ausdruck gebracht, daß die Belegschaften der Betriebe die Stellungnahme rückhaltlos billigen, die vom Graphischen Kartell bisher zu dem von den Unternehmern der Großdruckereien angefertigten Konflikt eingenommen worden ist. Die Arbeiterchaft der davon betroffenen Betriebe werde sich in ihrem Abwehrkampf weder durch Provokationen von Unternehmerseite noch durch irgendwelche Parolen unerantwortlicher Elemente betren lassen. Die von den Konflikt betroffenen Belegschaften werden vielmehr in gewerkschaftlicher Geslossenheit und Disziplin den Weg einschlagen, der in der Konferenz ihrer Vertrauensleute mit den Organisationsvertretungen als der richtige erkannt und festgelegt worden ist.

Ausstellung der Leipziger Meisterfchule. Trotz der außerordentlich schwierigen Wirtschaftsverhältnisse werden sich zur diesjährigen Frühjahrsmesse sicherlich wieder eine große Anzahl von Besuchern aus dem graphischen Gewerbe einfinden und ihre Aufmerksamkeit in erster Linie der Bugto-Maschinenmesse im Deutschen Buchgewerbehause zuwenden. Alle diese Besucher werden zugleich aber auch Gelegenheit haben, in der großen Eingangshalle des unmittelbar neben dem Buchgewerbehause liegenden neuen Fachschulgebäudes eine Ausstellung der Meisterfchule für

das graphische Gewerbe zu Leipzig besichtigen zu können. Es sollen vor allem Leistungsproben der Studierenden aus den Werkstätten für Handlag und Buchdruck, Arbeiten aus dem geschnittenen Unterriß sowie einige größere Veröffentlichungen der Leipziger Meisterfchule gezeigt werden. Als Besuchszeiten der Ausstellung gelten die gleichen, die für die Messe üblich sind.

Reichsarbeitsgerichtsentscheid gegen teilweise Stilllegungsfrist einer Großdruckerei. Eine Leipziger Druckerei mit einer etwa 60köpfigen Belegschaft hatte vor geraumer Zeit zur Durchführung des Druckes von bestimmten Wochenzeitschriften zwei dem Format derselben angeblich besonders entsprechende und dafür eingerichtete Rotationsmaschinen angeschafft, sonst wurde überwiegend im Flachdruck gearbeitet. Die Rotationsmaschinen fanden nur durch eine Bretterwand getrennt im allgemeinen Maschinenaal und wurden auch von demselben Saalmesser kontrolliert. Diese Betriebsverhältnisse wurden von besonderer Bedeutung, als die Druckerei von der Wochenzeitschrift keine Aufträge mehr erhielt, die Rotationsmaschinen daher ruhen lassen und sechs dort beschäftigte Arbeiter entlassen mußte. Zwei davon, der eine ein gelernter Drucker, der andre ein Hilfsarbeiter, waren Betriebsratsmitglieder, zu deren Kündigung gemeinsam bekanntlich die Zustimmung der Betriebsvertretung notwendig ist. Die betreffende Druckerei hatte diese Zustimmung nicht eingeholt, meinte aber im Hinblick auf das Ruhen der Rotationsmaschinen, es läge Betriebsstilllegung respektive Stilllegung vor, zufolge deren nach § 96, 2 BZG die Pflicht zur Einholung der Kündigungs-zustimmung entfällt. Die beiden Betriebsratsmitglieder waren jedoch anderer Meinung, hielten Stilllegung für nicht gegeben, ihre Entlassung daher für unwirksam und klagten auf Feststellung des Fortbestehens ihres Arbeitsverhältnisses, womit sie vor dem Landesarbeitsgericht Leipzig auch durchbrangen. Diese Instanz führte aus, es habe sich nichts dafür ergeben, daß der geschilderte Rotationsmaschinenruhe als selbständige Abteilung zu gelten hätte. Der rein äußerliche Umstand, daß die Rotationsmaschinen in einem besonderen abgetrennten Raum aufgestellt gewesen wären, der seit der Außerbetriebsetzung verschlossen gehalten würde, genüge nicht zur Annahme einer selbständigen Betriebsabteilung. Selbst wenn man aber zugunsten der Druckerei Stilllegung bejahe, fehle es an der Berechtigung zur Entlassung der Kläger, weil diese nicht erforderlich gewesen sei. Die Druckerei hätte nämlich die Kläger sehr gut unter ihren 42 Flachdruckern beschäftigen können. Betriebsvertretungsmitteln werde eben durch den Kündigungsschutz das Privileg eingeräumt, daß sie unter Umständen erst als letzte den Betrieb verlassen müßten. Das Reichsarbeitsgericht hat jetzt die Revision der Druckerei zurückgewiesen und damit das vorinstanzliche Urteil in seinen wesentlichen Punkten bestätigt.

Heraus mit dem Gold! In einer Vortragsstunde an das amerikanische Volk forderte Präsident Hoover dazu auf, wieder Vertrauen zu befehlen und die ungeheuren Summen wieder in den Strom des Wirtschaftens zurückzuführen, die durch die Aufspeicherungstendenzen des Publikums jenem entzogen worden sind. Präsident Hoover schätzte die in den Sparfrümpfen verstreuten Beträge auf 1800 Millionen Dollar.

Massenbesetzung der „Eisernen Front“. In allen Großstädten ist die durch die durchgreifende Bildung der Eisernen Front hervorgerufene psychologische Wandlung zu verzeichnen. Nicht zuletzt kommt das in der Bekämpfung vieler Nazianhänger zum Ausdruck. In Berlin hat die „Mittwochs“ der Eisernen Front schon bis jetzt ein erfreuliches Ergebnis gezeitigt. In 165 Zeichnungstellen haben sich nämlich vom 31. Januar bis 6. Februar 113 800 Personen, zugleich mit beträchtlichen Geldspenden, in das „Eiserne Buch“ eingetragen. Alle Pläne zur Umgestaltung der Wirtschaft können nur verwirklicht werden, wenn die Arbeiter- und Angestelltenchaft im Schicksalsjahr 1932 fest zur Republik steht und entschlossen ist, wenn sie angegriffen wird, Gewalt gegen Gewalt zu legen. Geistig müssen wir aber überall die Angreifenden sein und den andern ihre Sünden vorhalten. Dann werden wir nicht nur die Krise überwinden und den Faschismus zurückwerfen, sondern auch unsern großen Ziel dienen: der Befreiung der Arbeiterklasse.

Materialsammlung über Naziterror. Unter dem Titel „Gewalttaten der Nationalsozialisten“ ist von der Terrorabwehrstelle der SPD. eine mehr als 240 Quarsseiten umfassende Denkschrift fertiggestellt worden, in der ohne Anspruch auf Vollständigkeit die in den letzten zwei Jahren von Nationalsozialisten verübten Terrorfälle Aufzeichnung gefunden haben. Bisher wurden bekannt 1480 Gewalttaten mit 62 Toten und etwa 3200 Schwer- und Leichtverletzten als Blutopfer des deutschen Faschismus. Von den Hakenkreuzschlägern wurde bei der verhältnismäßig geringen Strafverfolgung bekannt, daß in 53 Fällen größenteils kriminell Vorbestrafte die Täter waren, von ihnen 3 über 20mal, 5 über 10mal, 10 über 5mal, 35 ein- und mehrmals. In 32 Fällen hatten die Gewalttaten ausgesprochen unpolitische Motive, wie Raub, Eifersucht usw. In 23 Fällen wurden die überfallenen bestohlen. 28mal gingen die Überfälle bestialisch um Erlangung von Siegestrophäen, wie Fahnen, Abzeichen, usw. In 3 Fällen wurden angebliche gegnerliche Überfälle erfunden, um im Ansehen zu steigen, in 2 Fällen, um die SA-Merke zu erlangen. Nachweisbar dienten 5 Gewalttaten der persönlichen Raubbefriedigung, in 5 Fällen wurde die SA, zu ausgesprochenen persönlichen Zwecken ihrer Führer eingeleitet. 584mal konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter allein 168mal der Besitz von Schusswaffen bis zum Maschinenengewehr, 9 Waffengaszer wurden ausgehoben, 8mal wurde der Besitz von Sprengstoffen festgestellt. 42mal wurden systematisch sozialdemokratische, 30mal andre Verfallenen gepeinigt, 5mal erfolgten Angriffe auf die Referenten, 20mal erfolgten Überfälle auf Volks-, Gewerkschafts- und Konsumvereinshäuser, 14mal auf gegnerische Zeitungen, 5mal auf gegnerische Zeitungsverkäufer, 11mal auf Presseberichterfater und Redakteure. 33mal wurden Überfälle auf gegnerische Lokale bekannt. In andern öffentlichen Wirtschaften wurden 31mal schwere Ausfallungen begangen, in öffentlichen Verkehrsmitteln 10mal, 100mal wurden schwere Mißhandlungen von Sozialdemokraten, 270mal von Reichsbannerangehörigen, 39mal von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend und 25mal

